

Sogar aus den USA kommen Proteste

Ein Sturm der Entrüstung ist losgebrochen. Seit der Plan, mittelalterliche Handschriften und frühe Druckwerke im Wert von 70 Millionen Euro aus der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe zu verkaufen, ruckbar wurde, steht Ministerpräsident Günther Oettinger im Kreuzfeuer der Kritik. Wissenschaftler aus aller Welt sprechen von „Kulturbarbarei“ und „Vandalismus“. Der Verband deutscher Schriftsteller zeigt sich „entsetzt“ darüber, dass „die bedeutendsten Zeugnisse der Dichter und Denker versetzt werden, um ein marodes Adelshaus finanziell zu unterstützen“. Aber längst nicht nur Menschen, denen die Erhaltung wertvoller Schriftstücke berufsbedingt am Herzen liegt, sind empört. Die Landesvereinigung Baden in Europa sammelt Unterschriften gegen den drohenden Ausverkauf und berichtet von riesigem Interesse. „Da gibt es Leute, die sagen: ‚Wir müssen eine Revolution machen‘“, erzählt der Vorsitzende Robert Mürb. Die gewählte Vertretung der Karlsruher Bürger, der Gemeinderat, findet in einer interfraktionellen Resolution zwar moderatere Worte, spricht sich aber gleichfalls entschieden gegen den Verkauf der Handschriften aus: „Der Ausgleich der Interessen des Landes und des Hauses Baden muss auf einem anderen Weg gefunden werden.“

Ungeachtet des Proteststurms will die Landesregierung an dem Deal mit dem Adelshaus festhalten. Finanzminister Stratthaus und Kunstmister Frankenberg wiesen in Stuttgart darauf hin, dass durch den angestrebten Vergleich mit dem Adelshaus Baden Rechtssicherheit geschaffen werde (Siehe: „Der umstrittene Deal“). Außerdem, so der Kunstmister, sei „Salem ein Kulturdenkmal von Welttrag“.

Eine weit über die Landesgrenzen hinausreichende Bedeutung hat nach der Auffassung von Experten aber auch die Karlsruher Handschriftensammlung. Deshalb sind sie auch wenig beeindruckt von Oettingers Versprechen, dass landeshistorisch bedeutsames Schriftgut nicht angerührt werden soll. Der Deutsche Kulturrat,

der Spitzenverband der Bundeskulturverbände, betrachtet die zum Verkauf stehenden Handschriften als „eindeutig national wertvolles Kulturgut“. Geschäftsführer Olaf Zimmermann: „Wenn das Land Baden-Württemberg nicht in der Lage oder nicht gewillt ist, dieses national wertvolle Kulturgut zu schützen und dafür zu sorgen, dass es auch weiterhin in einer öffentlichen Bibliothek in Deutschland verbleibt, muss



Handschriften im Wert von 70 Millionen Euro aus den Sammlungen der Badischen Landesbibliothek sollen verkauft werden. Dieses Evangelistar mit dem prachtvollen Einband entstand um 1200. Foto: BLB (Cod. Bruchsal 1).

der Bund einspringen.“ Selbst Gelehrte aus britischen und amerikanischen Elite-Universitäten machen sich für den Erhalt der Sammlung in der Badischen Landesbibliothek stark.

Was aber kann man tun, um die Sammlung zu retten? Mit dem Vorschlag Oettingers, dass das Land für jeden für den Erhalt der Handschriftensammlung gespendeten Euro ebenfalls einen Eu-

ro locker machen solle, will sich Karlsruhes Oberbürgermeister Heinz Fenrich nicht bescheiden. Denn der Ministerpräsident beschränkte sein Angebot beim Festakt zum Baden-Jubiläum am vergangenen Sonntag vorsichtshalber auf eine einstellige Millionensumme – es müssten also immer noch für mindestens 50 Millionen Handschriften verkauft werden. Der Karlsruher Gemeinderat fordert, dass auf allen Ebenen des Landes und des Bundes unter Einbeziehung von Mäzenen, Sponsoren und Stiftungen nach Lösungen gesucht wird. Insbesondere müsse untersucht werden, inwieweit Lotto-Toto-Mittel eingesetzt und die Landesstiftung herangezogen werden kann. Die Landesstiftung ins Spiel zu bringen, liegt schon deshalb nahe, weil ihr Stiftungskapital im Wesentlichen durch die Veräußerung badischen Vermögens (der Badischen

Gebäudeversicherung und Aktien des Badenwerks) zustande kam. Gar keinen Grund für den Deal mit dem Markgrafen und die damit verbundene „Liquidierung“ der Karlsruher Handschriftensammlung sieht Reinhard Mußnug, ein emeritierter Heidelberger Professor für Finanz- und Steuerrecht. Denn seiner Überzeugung nach sind die Sammlungen der Landesbibliothek wie der Kunsthalle in Karlsruhe und anderer Museen des Landes ohnehin Eigentum des Landes Baden-Württemberg. Die Besitzstreitigkeiten zwischen Land und Adelshaus seien nämlich kein Fall, der nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch zu lösen ist – er müsse vielmehr verfassungsrechtlich angepackt werden. Annette Borchardt-Wenzel

Über neue Entwicklungen im Handschriften-Streit halten Sie die Badischen Neuesten Nachrichten ständig auf dem Laufenden.

Der umstrittene Deal

Die Frage blieb ungeklärt, als Baden Republik wurde: Sind die Großherzoglichen Kunstsammlungen und Bibliotheksgüter Privateigentum des abgedankten Fürsten und seiner Familie oder gehören sie dem Staat? Der Wert der umstrittenen Güter wird auf 250 bis 300 Millionen Euro geschätzt. Geld, das das hoch verschuldete Adelshaus Baden gut gebrauchen könnte, denn der Erhalt seines Familiensitzes, Schloss Salem am Bodensee, verschlingt immense Summen. Einen Rechtsstreit mit ungewissem Ausgang wollen aber sowohl die markgräfliche Familie als auch das gleichfalls hoch verschuldete Land Baden-Württemberg vermeiden. Und so tüftelten Ministerpräsident Oettinger und Prinz Bernhard von Baden einen Deal aus, der beiden Parteien aus der Klemme helfen soll:

- Das badische Adelshaus überträgt Schloss Salem, eine ehemalige Klosteranlage, mitsamt den dort befindlichen Kunstgegenständen einer gemeinnützigen Stiftung.
- Der Stiftung werden Handschriften und Druckwerke aus der Badischen Landesbiblio-

Für die Nachfahren der Großherzöge von Baden hat der Erhalt von Schloss Salem absoluten Vorrang. Foto: AP

thek im Wert von 70 Millionen Euro zugewiesen. Die Handschriften werden verkauft. Der Erlös soll den Unterhalt Salems sichern. Außerdem werden daraus Ausgaben bestritten, die das Adelshaus für die Renovierung der barocken Klosteranlage und des Münsters bereits aufbrachte.

• Das Haus Baden verzichtet im Gegenzug auf sämtliche Eigentums- und Herausgabeansprüche gegenüber dem Land. bo